

**Antrag 221/I/2024**

**Forum Netzpolitik**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Open-Source-Strategie des Bundes und Kompetenzzentrum Open Source**

1 Die Ampel hat im Koalitionsvertrag wichtige Ziele veran-  
2 ktert, um die digitale Souveränität zu stärken. Dazu gehö-  
3 ren das Recht auf Interoperabilität und Portabilität sowie  
4 das Setzen auf offene Standards, Open Source und euro-  
5 päische Ökosysteme. Außerdem ist als Regel festgeschrie-  
6 ben, öffentliche IT-Projekte als Open Source zu beauftra-  
7 gen und bereitzustellen. Entsprechend der Digitalstrate-  
8 gie soll durch den Aufbau von Wissen, Fachkräften und  
9 Kapazität sowie den prioritären Einsatz von Open Source  
10 Software und die verbindliche Nutzung von offenen Stan-  
11 dards die digitale Souveränität auch auf der Seite der Ver-  
12 waltung stärker in den Fokus genommen werden. Bis-  
13 lang ist davon leider fast nichts umgesetzt, unter anderem  
14 auch, weil dringend benötigte Mittel aus einem Digital-  
15 budget oder für das Zentrum Digitale Souveränität (Zen-  
16 DiS) gestrichen wurden.

17

18 Wir fordern daher:

19

20 Open-Source-Strategie des Bundes:

21 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialde-  
22 mokratischen Mitglieder der Bundesregierung dazu auf,  
23 zur Umsetzung der selbst gesetzten Ziele aus dem Koaliti-  
24 onsvertrag eine Open-Source-Strategie für die öffentliche  
25 Verwaltung zu entwickeln. Open-Source bedeutet, dass  
26 der Quellcode unter einer freien Lizenz verfügbar ist, und  
27 dadurch den Nutzenden die Freiheit einräumt, die Soft-  
28 ware zu nutzen, zu verstehen, zu verbreiten und zu verbes-  
29 sern. Die Strategie wird die digitale Souveränität Deutsch-  
30 lands voranbringen und eine Investition in ein modernes  
31 und agiles IT-Ökosystem der Zukunft sein.

32

33 Die Open-Source-Strategie wird in verschiedenen Hand-  
34 lungsfeldern ein konkretes Zielbild für die aktuelle und die  
35 folgende Legislatur entwickeln. Sie wird Projekte in missi-  
36 onsorientierten Handlungsfeldern sowie Projekte mit res-  
37 sortübergreifender Hebelwirkung formulieren. Die Pro-  
38 jekte werden mit messbaren Zielen und Zeitplänen ver-  
39 einbart, an denen sich die Regierung messen lassen wird.  
40 Es erfolgt ein regelmäßiger Monitoring-Prozess mit ex-  
41 terner und wissenschaftlicher Begleitung und unter Ein-  
42 bindung der engagierten open-Source-Communities in  
43 Deutschland.

44

45 ZenDiS zum Open-Source-Kompetenzzentrum des Bun-  
46 des ausbauen:

47

48 Zur Umsetzung und Begleitung der Open-Source-  
49 Strategie wird das ZenDiS als zentrale Beratungsstelle und  
50 Kompetenzpool Projekte von Bund, Ländern und Kommun-  
51 en unterstützen. Das Open-Source-Kompetenzzentrum  
52 berät auch in Hinblick auf Einsatz und Beschaffung von  
53 Open-Source-Lösungen. Die Behörden werden dabei un-  
54 terstützt, in langfristig wirtschaftlichere, nachhaltige und  
55 digital souveräne Lösungen zu investieren, unabhängiger  
56 von Softwareanbietern zu werden und die Sicherheit  
57 ihrer IT zu erhöhen.

58

59 Mit ZenDiS als Open-Source-Kompetenzzentrum wird  
60 ein kontinuierlicher Austausch zwischen Bund, Ländern,  
61 Kommunen und relevanten Akteuren etabliert. Im Fo-  
62 kus stehen die Verbesserung der politischen und rechtli-  
63 chen Rahmenbedingungen, der Aufbau und die Festigung  
64 regionaler Kompetenzen, Unterstützung bei Beschaffun-  
65 gen sowie das Bereitstellen von Standards und Wissen zu  
66 Open Source.

67

68 Zielsetzungen der Strategie:

69

70 Ziele der Open-Source-Strategie und des Open-Source-  
71 Kompetenzzentrums werden insbesondere sein:

- 72 • Starke Erhöhung der Open-Source-Investitionen  
73 und -Neubeauftragungen im Verhältnis zur gesamt-  
74 en Softwarelandschaft.
- 75 • Ein verbindlicher Umsetzungspfad einschließlich  
76 Priorisierung wird den verstärkten Einsatz von Open  
77 Source-Lösungen in der Verwaltung sicherstellen.  
78 Die Entscheidung über den Einsatz von IT-Lösungen  
79 erfolgt transparent und nachvollziehbar anhand  
80 von objektiven Kriterien.
- 81 • Ein:e unabhängig:e Open Source Beauftragte:r der  
82 Bundesregierung wird benannt, um über die Umset-  
83 zung und Förderung der Open Source Politik zu in-  
84 formieren, zu beraten und zu koordinieren. Diese:r  
85 Beauftragte wird auch im Austausch mit der ehren-  
86 amtlich engagierten Open-Source-Community ste-  
87 hen. Es werden außerdem Regelungen für Befugnis-  
88 se, Pflichten sowie die Vermeidung von Interessens-  
89 konflikten getroffen.
- 90 • Durch regelmäßiges Monitoring wird transparent  
91 erhoben, wie viel Haushaltsmittel bei der Beschaf-  
92 fung von Open Source Software ausgegeben wer-  
93 den und anhand der Zielmarken im Umsetzungs-  
94 pfad verglichen. Insbesondere wird der prozentuale  
95 Anteil von IT-Dienstleistungen im Zusammenhang  
96 mit Open-Source Lösungen im Vergleich zu jenen  
97 mit proprietären Lösungen prozentual deutlich er-  
98 höht. Diesem Ziel dient auch die Umstellung der  
99 öffentlichen Verwaltungs-IT auf Open Source Soft-  
100 ware bis zum Auslaufen von aktuellen Rahmenver-

- 101       trügen mit den großen Anbietern von Büro-, E-Mail  
102       und Datenbanksoftware, mit der Vereinbarung von  
103       durch Behörden einfach und unkompliziert nutzbarer  
104       Rahmenverträge.
- 105       • Eine Schulungs- und Workshopkampagne für die  
106       Bedeutung der digitalen Souveränität der öffentlichen  
107       Verwaltung wird den Anteil von sensibilisierten Entscheider:innen und Nutzer:innen in der  
108       öffentlichen Verwaltung messbar erhöhen. Schulungsmaßnahmen zur Auswahl und Nutzung von  
109       Open-Source-Software werden kontinuierlich angeboten.  
110
  - 111       • Entwicklung eines Maßnahmenprogramms zur Erhöhung der Akzeptanz der Nutzer:innen von Open  
112       Source-Lösungen in der öffentlichen Verwaltung, die auf offene Kommunikation, Nutzer:innenzentrierung und den Einsatz qualitativ guter und nutzerfreundlicher Produkte setzt.  
113
  - 114       • Die digitale Souveränität der Verwaltung ist durch Vernetzung mit relevanten Stakeholdern sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Verwaltungsebenen, der EU, des Bundes, der Länder und Kommunen zu stärken. Dazu gehören insbesondere auch die Koordination, der Austausch und die Verzahnung der Strategien zur Verwaltungsdigitalisierung und zu Open Source von Bund, Ländern und Kommunen. Fachverfahren in der öffentlichen Verwaltung werden auf Open Source Software umgestellt und zur Nutzung offener Standards verpflichtet.  
115
  - 116       • Prüfung und Verbesserung u.a. der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Open Source und die Unterstützung bei der Beauftragung und sicheren Verwendung aktueller Technologien und Entwicklungen im Bereich der Open Source Software. Expertise kann durch extern einzuholende Gutachten ergänzt werden.  
117
  - 118       • Moderne Basissoftware für die gemeinsame IT des Bundes: Basissoftware auf den Arbeitsplätzen der Verwaltung und auf der Serverinfrastruktur muss auf offenen Standards und Open-Source aufbauen, um einerseits die digitale Souveränität zu erhöhen und andererseits eine nahtlose Integration in Fachverfahren und effizientere Bürgerservices zu ermöglichen. Die hohe Abhängigkeit des Staates von einzelnen Anbietern proprietärer Software bei zentralen Bausteinen ist nicht mehr hinzunehmen. Insbesondere bei grundlegenden und behördenübergreifenden Bedarfen wie der elektronischen Aktenführung, der Verwaltung von E-Mails, Terminen und Kontakten, bei Kollaborationstools für die interne Zusammenarbeit ist Abhilfe zu schaffen. Statt dessen ist das entsprechende Open Source Ökosystem  
119

- 154 zu nutzen/aufzubauen. Dazu werden die Einrich-  
155 tungen des Bundes wie ZenDiS und ITZ Bund mit  
156 entsprechenden Ressourcen ausgestattet.
- 157 • Der Souveräne Arbeitsplatz openDesk des Bundes  
158 als einheitlicher Behörden-Desktop, bestehend aus  
159 einem Paket an freier Open Source Software, der  
160 derzeit von BMI und ZenDiS entwickelt wird, kann  
161 zukünftig in jeder Kubernetes-fähigen Cloud be-  
162 trieben werden. Für ein zeitnahes Rollout und die  
163 Bereitstellung eines umfangreichen Supports für  
164 die Migration auf den neuen Arbeitsplatz fordern  
165 wir entsprechende Haushalts- und Personalressour-  
166 cen als Investition in die Zukunft bereitstellen.
  - 167 • Sofortige Umsetzung der im Koalitionsvertrag ver-  
168 einbarten Open Source Multi-Cloud Strategie durch  
169 Beauftragung einer auf Open Source Cloud für die  
170 öffentliche Verwaltung, mit dem ein gemeinsames  
171 Ökosystem aufgebaut wird, das gemeinsame Inter-  
172 operabilitätsstandards definiert und zur Referenz-  
173 implementierung für föderierte Dienste in der öf-  
174 fentlichen Verwaltung wird.
  - 175 • Die IT-Einrichtungen des Bundes, wie das Zentrum  
176 Digitale Souveränität (ZenDiS), werden mit den er-  
177 forderlichen Ressourcen ausgestattet, insbesonde-  
178 re mit den Personal- und Haushaltsmitteln, damit  
179 die öffentliche Verwaltung künftig über essentielle  
180 Basistechnologien der Verwaltung auf Open-Source  
181 Basis souverän verfügen kann, Migrationshilfe leis-  
182 ten kann und Rahmenverträge mit Dienstleistern  
183 für Open Source schließt. Insbesondere wird das  
184 Zentrum Digitale Souveränität (ZenDiS) mit den er-  
185 forderlichen Ressourcen zur Erfüllung seiner Aufga-  
186 ben im Bereich der Digitalisierung ausgestattet.
  - 187 • Weiterentwicklung einer zentralen Software- und  
188 Quellcode-Plattform der Öffentlichen Verwaltung  
189 auf Basis von Open CoDE zur unkomplizierten  
190 und rechtsicheren Nutzung, Austausch sowie  
191 der aktiven gemeinsamen Entwicklung (z.B.  
192 über Github) von Code für Software-Pakete von  
193 Arbeitsplatz-Software über Basis-, Querschnitt- und  
194 Infrastrukturdienste sowie Fachverfahren bis zu  
195 Server-/Cloud-Software. Erst durch das Erschaffen  
196 einer aktiven Community wird sichergestellt, dass  
197 Projekte sich langfristig entwickeln können und  
198 von mehreren Stakeholdern getragen und weiter-  
199 gedacht werden können. Durch die zentrale Ablage  
200 von offenen Quellcodes wird die Wiederverwen-  
201 dung und gemeinsame Arbeit an Softwarelösungen  
202 der Öffentlichen Verwaltung zwischen Verwaltung,  
203 Wirtschaft und Gesellschaft gefördert. Neu- und  
204 Weiterentwicklungen mit öffentlicher Finanzierung  
205 sollen grundsätzlich dort dokumentiert und in  
206 Quellcode sowie ausführbaren Paketen hinterlegt

207 werden (public money, public code). Die Weiter-  
208 entwicklung von Software-Projekten wird von  
209 einem Projektträger durch Beratung, Bereitstellung  
210 von Tools, Austauschformaten und Hackathons  
211 unterstützt.

- 212 • Einführung/Anschaffung von Open-Source Low-  
213 Code/No-Code Plattformen, die auf Open-Source  
214 Basis bereits marktverfügbar sind (z.B. mit Exo-  
215 platform oder lutece aus Frankreich) und es Mitar-  
216 beitenden mit wenig technischen Einstiegshürden  
217 erlauben, mit einfachen Mitteln Vorgänge zu digi-  
218 talisieren und automatisieren, ohne auf technisch  
219 oft ungeeignete und kurzfristig gedachte Hilfstoos  
220 wie Excel oder ähnliches ausweichen zu müssen.  
221 Lösungen werden transparent und austauschbar  
222 zur Verfügung gestellt, können wiederverwendet  
223 und weiterentwickelt werden. Low Code und No  
224 Code sind Entwicklungsansätze, die es der Verwal-  
225 tung ermöglichen, Anwendungen mit minimalem  
226 bis gar keinem Programmieraufwand durch visuelle  
227 Schnittstellen und Drag-and-drop-Funktionen zu  
228 erstellen, wodurch sie schneller und zugänglicher  
229 als traditionelle Programmierung sind. Gefundene  
230 Lösungen sollen allen Behörden der Kommunen,  
231 Länder und des Bundes zur Wiederverwendung und  
232 Anpassung an eigene Bedürfnisse zur Verfügung  
233 stehen.
- 234 • Im Rahmen der Open Source Strategie fordern wir,  
235 dass die öffentliche Verwaltung bei Beschaffung  
236 von Hardware (IKT) den Anteil modularer und re-  
237 parierbarer Produkte, die auf Open Source Soft-  
238 ware und Open Hardware Lizenzen basieren, erhöht.  
239 Dies fördert Nachhaltigkeit, langfristige Software-  
240 Unterstützung, Unabhängigkeit von einzelnen Her-  
241 stellern, senkt langfristige Kosten und stärkt die di-  
242 gitale Souveränität.
- 243 • Die Open-Source-Community soll bei der Normung  
244 und Standardisierung unterstützt werden, um Kom-  
245 patibilität und Qualität zu sichern. Die Gemein-  
246 nützigkeit für Open-Source-Projekte soll dazu aner-  
247 kannt werden, um steuerliche Vorteile und finazi-  
248 elle Unterstützung zu ermöglichen.

249  
250

### 251 **Begründung**

252 Die Stärkung der digitalen Souveränität durch die Förde-  
253 rung von Open Source und offenen Standards ist zentrales  
254 Anliegen der Ampelregierung. Dennoch ist festzustellen,  
255 es fehlt an konkreter Umsetzung und finanzieller Unter-  
256 stützung, etwa wurden die Mittel für das Zentrum Digi-  
257 tale Souveränität (ZenDiS) massiv gestrichen.[1] Wir müs-  
258 sen daher die Entwicklung einer Open-Source-Strategie  
259 auf Bundesebene in Fokus nehmen, die Einrichtung ei-

260 nes Open-Source-Kompetenzzentrums zur Beratung und  
261 Unterstützung, die verstärkte Investition in Open Source  
262 in der Verwaltung und die Schaffung moderner, sicherer  
263 und unabhängiger IT-Systeme durch die Verwendung von  
264 Open Source Software und offenen Standards, um Lock-  
265 In-Effekte zu vermeiden, die IT-Sicherheit zu erhöhen und  
266 eine breite digitale Kompetenz zu fördern.

267

268 Fußnoten: [1] Antwort der Bundesregierung auf die  
269 kleine Anfrage von Anke Domscheit-Berg u.a. zur  
270 Bedeutung von Open Source Software im Bund  
271 und die Stärkung der digitalen Souveränität der  
272 Bundesverwaltung [[https://mdb.anke.domscheit-  
273 berg.de/wp-content/uploads/231205\\_KA\\_OpenSource-  
274 Beschaffungswesen-Antwort-BuReg\\_Geschwaerzt.pdf](https://mdb.anke.domscheit-<br/>273 berg.de/wp-content/uploads/231205_KA_OpenSource-<br/>274 Beschaffungswesen-Antwort-BuReg_Geschwaerzt.pdf)]